

Unbegründete Fällung und Kappung von Altbaumbestand entlang des Berlin-Spandauer Schifffahrtskanals (BSK) massiv fortgesetzt Wasser- und Schifffahrtsamt setzt sich über eigene Vorschriften und Zusicherungen hinweg

Was dank des öffentlichen Drucks und des seit zweieinhalb Jahren laufenden Mediationsverfahrens am Landwehrkanal wohl undenkbar wäre: quasi um die Ecke, am BSK, verfährt das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) weiterhin nach Gutsherrenart und lässt – weder verkehrssicherungstechnisch noch fachlich nachvollziehbar – ökologisch wertvollen Altbaumbestand von einer noch dazu inkompetenten Baumpflegefirma rigoros mit der Kettensäge bearbeiten. Dabei wird in mehrfacher Hinsicht gegen die verbindlichen Regelwerke und Vorschriften der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) verstoßen, vor allem aber gegen den leitenden Grundsatz: „So viel wie nötig (Verkehrssicherungspflicht) und so wenig wie möglich (naturschutzrechtliches Vermeidungsgebot).“

Es begann Anfang Februar d.J. im Bereich Kieler Straße und Nordhafen im Bezirk Mitte. Von Bürgern alarmiert, protestierten deren VertreterInnen im Mediationsforum nachdrücklich gegen die aus Sicht von Natur-, Arten- und Klimaschutz, aber auch von Erholungs- und Freizeitnutzung sowie mit Blick auf Landschaftsbild und Emissionsschutz äußerst fragwürdigen Maßnahmen. Ihnen fielen bspw. auch etliche Weiden zum Opfer, die selber als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gepflanzt worden waren: mithin ein klarer Rechtsverstoß. – Auf Intervention der BürgervertreterInnen ließ WSA-Leiter Michael Scholz am 11.2. die Arbeiten auch tatsächlich umgehend stoppen und darüber hinaus extern von einem Baumsachverständigen validieren. Der Gutachter kam zu vernichtenden Ergebnissen. Die angerichteten Schäden müssen quantifiziert und kompensiert werden. Der zuständige Außenbezirksleiter Spandau, Herr Moneke, wiederum verkündet auf seiner Website den Stopp der Maßnahmen und die Verschiebung weiterer Unterhaltungsarbeiten auf den Winter 2010/11.

Derweil jedoch gingen die Holzereien unbeirrt weiter. Wegen der relativ geringen Wohnbevölkerung vor Ort haben die BürgervertreterInnen leider zu spät erfahren, dass in Verhöhnung aller gegenteiligen Verlautbarungen und Zusicherungen das Zerstörungswerk nunmehr parallel zum Saatwinkler Damm von der Plötzenseeschleuse bis zum gleichnamigen Steg in Spandau fortgesetzt worden ist. Viele Dutzend Bäume – Ahorn, Erle, Eschenahorn, Robinie, Weide – wurden entweder gefällt oder rigoros beschnitten. Der Verein „Bäume am Landwehrkanal e.V.“ beauftragte daraufhin seinerseits eine fachliche Bewertung, deren Resultate wie erwartet ausfielen: „Es wird anhand des besichtigten Schnittguts geschätzt, dass bis zu 80% der Maßnahmen fachlich und aus Verkehrssicherungsgründen nicht nachzuvollziehen sind,“ heißt es in der fachlichen Einschätzung und nur „einzelne Kappungen/Fällungen an Sichtachsen der Schifffahrt bzw. bei starkem Pilzbefall sind fachlich nachzuvollziehen.“

Die WSV aber ist im Rahmen ihrer Wasserstraßenunterhaltung nicht nur zum Schutz von Natur und Landschaft, sondern zu „aktiven ökologischen Maßnahmen über den reinen Verkehrsbezug hinaus“ verpflichtet. Der Senat, der als Oberste Naturschutzbehörde gerade die Landes-Biodiversitätsstrategie entwirft, betont im Jahr der Artenvielfalt den hohen Stellenwert der Berliner Gewässer für die Biotopvernetzung. Und die Bezirke – betroffen war zunächst Mitte; Charlottenburg und Spandau sind es jetzt – wurden schon in der Vergangenheit (Mitte und Spandau) bei der vorgeschriebenen Benehmenserstellung nur unzureichend und lückenhaft informiert. – Wie die zur Beratung hinzuzuziehenden Vertreter von Bundesforsten eine solch unsinnige Zerstörung von Stadtnatur gutheißen können, bleibt rätselhaft.

Als Mitglieder des Mediationsverfahrens „Zukunft Landwehrkanal“, in dem WSA-Chef Scholz immer wieder den „bestmöglichen Baumschutz“ gelobt, haben die BürgervertreterInnen offiziell scharf protestiert und die unverzügliche Beauftragung von Kompensationsmaßnahmen eingefordert. Das aufwendige Verfahren, infolge starken öffentlichen und nicht zuletzt medialen Drucks am Landwehrkanal 2007 auf den Weg gebracht, verkommt durch solches Vorgehen der Bundesbehörde an Wasserstraßen gleich nebenan zunehmend zum Instrument des *Greenwashing*, zur bloßen Alibi- und PR-Maßnahme.